

Mainz/Wiesbaden, 30. Juni 2004

Zuwanderungsgesetz

Ausländerbeiräte lehnen Kompromiss ab

Scharfe Kritik an dem Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz hat heute der Bundesausländerbeirat geübt. Bundestag und Bundesrat wurden aufgefordert, dem Kompromiss nicht zuzustimmen.

„Der Kompromiss ist das Gegenteil von einem notwendigen Paradigmenwechsel in der Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland,“ so Memet Kilic, Vorsitzender des Beirates. „Jetzt wird uns nichts anderes präsentiert als ein weiteres Sicherheitspaket und eine erweiterte Greencard-Regelung.“

Darüber könnten auch nicht die minimalen Verbesserungen hinwegtäuschen. Kilic: „Die Bundesrepublik setzt im Bereich des Familiennachzuges und der humanitären Regelungen lediglich Vorgaben der EU bzw. Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen um, die auch ohne ein Zuwanderungsgesetz hätten kommen müssen!“

Dafür seien alle Kernpunkte, die ein modernes und zukunftsfähiges Zuwanderungsgesetz ausmachen, ersatzlos gestrichen worden. Als Beispiele nannte Kilic das Punktesystem, die Beibehaltung des Anwerbestopps für Niedrigqualifizierte und den Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration.

Kilic: „Der eigentliche gesellschaftliche Konsens, der mit dem Bericht der Zuwanderungskommission deutlich geworden war, ist den Grabenkämpfen und dem Populismus der politischen Parteien zum Opfer gefallen. Abermals wurde eine große Chance vertan!“

Deutschland bleibe in Zukunft der Abwehrgeist des geltenden Rechts erhalten. Zuwanderer werden in Deutschland wohl auch in Zukunft von vielen als ‚unerwünschte Eindringlinge‘ betrachtet.

Geschäftsstelle:

c/o AGARP

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

tel.: 06131/ 63 84 35

fax: 06131/ 67 94 37